

Basel-Stadt: Primar- und Kindergartenstufe

## 28/32 Pflichtlektionen sind zu viel!

**Im «Basler Schulblatt» vom September 2011 wird versucht, den Lehrpersonen, die von der Orientierungsschule (OS) oder der Weiterbildungsschule (WBS) an die Primarstufe wechseln, die Erhöhung der Pflichtlektionen schmackhaft zu machen. Die Argumentation geht aber nicht auf.**

Die Arbeiten an den Schulreformen gemäss HarmoS und dem Sonderpädagogik-Konkordat sind in vollem Gang. Für viele Lehrpersonen stehen die sogenannten Wechselgespräche und damit die Entscheidung über den künftigen Arbeitsort unmittelbar bevor. Für OS- und WBS-Lehrpersonen, die an die Primarstufe wechseln, wurde zwar ein bis 2021 befristeter Lohnklassenbesitzstand beschlossen, doch die Pflichtlektionen steigen für die Betroffenen von 25 auf 28. Diese Erhöhung der Pflichtlektionenzahl löst bei den Betroffenen noch immer Unmut aus. Im «Basler Schulblatt» vom September 2011 reagiert der Projektkoordinator Schulentwicklung mit dem Artikel «28 Pflichtlektionen: Ist das fair?» auf diesen Unmut.

**Viele Perspektiven beleuchtet** • Der Artikel versucht den Umstand, dass Lehrpersonen im 7. und 8. Schuljahr drei Lektionen mehr unterrichten müssen, aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Es werden die rechtliche, die praktische, die politische, die interkanto-

nale, die komplexe und die pragmatische Perspektive angesprochen.

Unter der rechtlichen Perspektive wird den Lehrpersonen, die von einer höheren Stufe an die Primarschule wechseln (müssen), vorgerechnet, dass sie dank der Jahresarbeitszeit zwar drei Lektionen mehr unterrichten, nicht aber länger arbeiten müssen als bisher. Die Frage, ob eine Lektion an der Primarschule wirklich weniger Vor- und Nachbereitung bedarf als an der Sekundarschule, wird unter der praktischen Perspektive mit dem Verweis auf die anderen Kantone beantwortet, die alle die Anzahl der Pflichtlektionen mit steigender Schulstufe sinken lassen. Damit wird die spezielle Situation des Kantons Basel-Stadt, bei dem ein namhafter Teil der Lehrpersonen die Stufe wechseln müssen, aber überhaupt nicht berücksichtigt. Der konkrete Vergleich mit den umliegenden Kantonen wird erwartungsgemäss unter der interkantonalen Perspektive herangezogen. Doch auch dieses Argument geht nicht auf, denn es berücksichtigt die Lohnsituation der umliegenden Kantone nicht, was im Artikel auch selber zugegeben wird.

**Einzig finanzielle Gründe** • Unter der praktischen Perspektive versucht der Artikel am Ende die Lehrpersonen davon zu überzeugen, dass ihnen nichts anderes übrig bleibt, als «die gesetz-

lich erlassene Anzahl Pflichtlektionen hinzunehmen – und gleichzeitig die hohe Autonomie zu nutzen, die einem der Staat als Lehrperson in der Arbeitszeitgestaltung schenkt».

Es bleibt dabei: Einzig finanzielle Gründe sprechen gegen eine Senkung der Pflichtlektionen. Im Ratschlag zu HarmoS wurde explizit mit einer Einsparung von 6,5 Millionen Franken gerechnet. Diese wird erzielt, weil im 7. und 8. Schuljahr (neue Zählweise) künftig nur noch Primarschullöhne bezahlt werden müssen (3,6 Millionen Einsparung) und weil dort künftig 28 anstatt wie bisher 25 Pflichtlektionen für ein Vollpensum erforderlich sind (2,9 Mio. Einsparung).

Es bleibt dabei: Die zeitlichen Belastungen für die Lehrpersonen haben in den letzten Jahren enorm zugenommen und steigen aufgrund der laufenden Reformarbeiten weiter an. Die Pflichtlektionenzahlen von 28 auf der Primarstufe und 32 auf der Kindergartenstufe sind eindeutig zu hoch. Die Gewerkschaft Erziehung im vpod fordert weiterhin eine Senkung der Pflichtlektionenzahl, damit der Schulalltag für die Lehrpersonen in gewohnt hoher Qualität leistbar bleibt und die massiven zusätzlichen Belastungen durch die laufenden Schulreformen nicht zur Überlastung werden.

Heidi Mück •

## Papierkorbleeren ohne WTO

**Erneut ist ein Reinigungsauftrag an der Uni ausgeschrieben – und die betroffenen Reinigungsfrauen stehen vor dem Aus. Der vpod und sektor erziehung rufen dazu auf, die Reinigungsfrauen und den Widerstand gegen die Hire-and-fire-Politik des Wettbewerbsdiktats zu unterstützen.**

Morgens früh um sieben, Francesca (Name von der Redaktion geändert) leert Papierkörbe, zieht Böden auf, rasch und konzentriert, denn in einer Stunde kommen die ersten Sekretärinnen, BibliothekarInnen und Studierenden. Sie und ihre vier Kolleginnen arbeiten seit Jahren hier an den Uni-Seminaren am Nadelberg und gehören zum Team wie alle anderen Mitarbeitenden. Francesca ist auf ihr Einkommen dringend angewiesen. Jetzt weiss sie aber nicht, ob sie weiter hier arbeiten kann.

**Prekäre Anstellungsbedingungen** • Angestellt sind Francesca und ihre Kolleginnen nicht bei der Uni, sondern bei einer privaten Reinigungsfirma. Die Uni muss sich bei Dienstleistungsaufträgen an das Beschaffungsgesetz halten. Dieses schreibt vor, dass dauerhafte öffentliche Aufträge periodisch ausgeschrieben werden müssen. Diese Bestimmung diktiert die Welt Handelsorganisation WTO. Die Opfer dieses Wettbewerbsdiktats sind die Angestellten, in diesem Fall Francesca und ihre Kolleginnen. Alle paar Jahre stehen sie auf der Strasse und müssen eine neue Stelle suchen. Das sind unakzeptable, prekäre Anstellungsbedingungen!

**Widerstand gegen WTO-Marktdiktat** • Anfang 2011 wurde der Reinigungsauftrag der Uni-Bib-

liothek (UB) neu ausgeschrieben. vpod-Mitglieder an der UB verlangten mit einer Petition die direkte Anstellung des Reinigungspersonals bei der Uni, damit es nicht weiter der Hire-and-Fire-Politik des WTO-Ausschreibungszwangs ausgeliefert ist. Die Petition wurde in kurzer Zeit von 1400 UB-Mitarbeitenden und Studierenden unterschrieben und vom Studierendenverband skuba und von der Vollversammlung der Assistierenden der Phil-I-Fakultät unterstützt. Das Ergebnis: Ein Teilerfolg. Zwar war die Uni-Leitung nicht bereit, die Reinigungsfrauen direkt anzustellen, aber den Zuschlag erhielt die bisherige Reinigungsfirma, und die Frauen konnten bleiben.

Jetzt wiederholt sich die Geschichte an den Sprachseminaren, und wieder sind die vpod-KollegInnen aktiv geworden und haben eine Petition lanciert. Die Uni wird sich überlegen müssen, ob es vertretbar ist, das Reinigungspersonal als beliebig auswechselbare Arbeitskräfte zu betrachten. Die Uni-Mitarbeitenden werden bei jeder weiteren Ausschreibung den Widerstand organisieren gegen die unwürdigen prekären Anstellungsbedingungen.

Marianne Meyer •



Die Petition unterschreiben auf [www.petition-reinigungsfrauen.ch](http://www.petition-reinigungsfrauen.ch)!

### vpod-Tagung in Bern

## Hochschulen im Wettkampf

**An der vpod-Tagung «Hochschulen im Wettkampf» vom 17. März 2012 in Bern sollen die aktuellen Entwicklungen kritisch analysiert und Möglichkeiten des Widerstands diskutiert werden.**

Nach einem Jahrzehnt Lissabonstrategie und Bologna-Prozess auf dem Weg zum «wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt», auf dem auch die offizielle Schweiz ist, rollt die Ökonomisierungswalze an den Hochschulen weiter. Die auf Effizienz getrimmten Unis und Fachhochschulen, gesteuert von kleinen, wirtschaftsdominierten Gremien, konkurrenzieren sich im Wettbewerb um Studierende und Forschungsgelder. Für das Hochschulpersonal bedeutet dies massiv steigenden Arbeitsdruck: Immer mehr Studierende, die betreut werden wollen, Dauerstress durch den Druck, Forschungsgelder akquirieren zu müssen und bei den Publikationsratings top zu sein. Evaluationen, zunehmende Bürokratie und Reorganisati-

onen beanspruchen Zeit, die bei der Forschung fehlt. Die Freiräume bei Lehre und Forschung schrumpfen, und die Forschungsfreiheit wird der ökonomischen Verwertbarkeit geopfert. Der vierfache Leistungsauftrag an den Fachhochschulen zum Beispiel ist zum krank machen den Dauermarathon geworden. Beim Mittelbau kommen prekäre Anstellungsbedingungen mit befristeten Verträgen, tiefen Löhnen und fehlender Zeit für die wissenschaftliche Qualifizierung dazu. Hier gilt es, Gegensteuer zu geben. Unsere Tagung soll dazu Anregungen vermitteln und den Erfahrungsaustausch fördern.

mm •

**Als ReferentInnen konnten bis jetzt Mathias Binswanger («Sinnlose Wettbewerbe im Hochschulbereich») und Isabelle Bruno gewonnen werden. Bruno, Dozentin für Politikwissenschaft an der Universität Lille, wird zum Thema «Lissabon-Strategie und der Umbau der europäischen Hochschulen – Wie verändert sie die Arbeit an den Hochschulen?» sprechen. Weitere Informationen: [www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)**

## Abstimmungen BL NEIN zur Entmachtung des Bildungsrats!

Im November haben die Baselbieter Stimmberechtigten über die Änderung des Bildungsgesetzes abgestimmt. Es geht dabei um die Frage, ob in Zukunft nicht mehr der Bildungsrat, sondern der Landrat selbst endgültig über Stundentafeln, Lehrpläne und Lehrmittel an den Baselbieter Schulen befinden kann.

Der Bildungsrat ist ein politisch breit abgestütztes Gremium, in welchem die Wirtschaft, die Politik und die Lehrerschaft angemessen vertreten sind. In der Regel wird im Bildungsrat sachbezogen um Lösungen gerungen. Bis heute konnten jedenfalls keine Fehlentscheide als Begründung für die beantragte Kompetenzverschiebung genannt werden. Trotzdem sollen nun nach dem Willen der bürgerlichen Mehrheit des Landrats die klar geregelten Kompetenzen zwischen dem Bildungsrat und dem Landrat zu Ungunsten des Bildungsrates geändert werden.

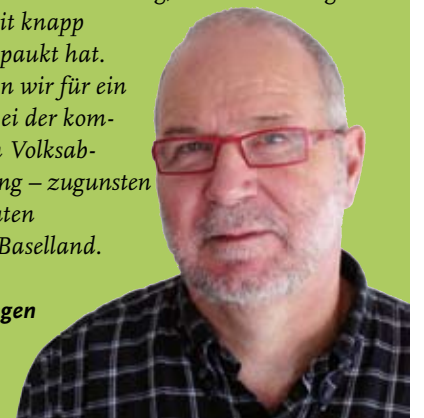
Die geplante Lösung bürdet dem Landrat zusätzliche Aufgaben auf, welche dieser kaum in der nötigen Ernsthaftigkeit lösen kann. Entscheidungsprozesse für Stufenlehrpläne und Stundentafeln werden verlängert, ja sogar verunmöglich. In keinem andern Gebiet staatlichen Handelns mischt sich der Landrat so direkt auf einer tiefen Entscheidungsstufe ein. Während die Spitäler über Globalbudgets verfügen und über Anschaffungen millionenteurer Geräte allein entscheiden können, soll der Landrat beispielsweise künftig entscheiden, ob im Baselbiet auf der Sekundarstufe der neue Schweizer Schulatlas angeschafft werden soll.

Mit dem Beitritt zum Konkordat HarmoS hat das Baselbiet einer Harmonisierung im Bildungswesen zugestimmt. Die vorgeschlagene Kompetenzaufteilung ist schweizerisch einmalig und erschwert die interkantonale Zusammenarbeit.

Die wahren Absichten der Befürworter einer Entmachtung des Bildungsrates liegen auf der Hand: Seit die SVP die Volksschule als politisches Thema entdeckt hat, wird permanent versucht, die Schule parteipolitisch umzubauen. Der Landrat wird als politisches Gremium auch politisch entscheiden. Stundentafeln, Lehrpläne und Lehrmittel werden zum Spielball der Parteien. Diese Verpolitisierung unserer Schulen darf unter keinen Umständen erfolgen. Sie würde das Bildungssystem unberechenbar machen. Deshalb wehren wir uns hartnäckig gegen die Kompetenzverschiebung, wie sie die bürgerliche Mehrheit knapp durchgepaukt hat.

Kämpfen wir für ein NEIN bei der kommenden Volksabstimmung – zugunsten einer guten Schule Baselland.

Jürg Degen



## Vorläufig keine neue Leistungsvereinbarung

**Nach einer Patt-Situation von 42 gegen 42 Stimmen gab der Landratspräsident (SVP) am 20. Oktober den Stichentscheid gegen die Erneuerung der Leistungsvereinbarung des Kantons Baselland mit der FHNW. Bei den Grünen findet im Nachhinein ein Umdenken statt.**

Das Resultat begann sich abzuzeichnen, nachdem die landrätliche Bildungs-, Kultur- und Sportkommission auf die entsprechende Vorlage nicht eingetreten war.

Was führte zu diesem Entscheid, der in den drei Partnerkantonen und in der FHNW mehr als Kopfschütteln ausgelöst hat? Letztlich war es eine unheilige Allianz von SVP, in deren Schlepptau die FDP, und den Grünen. SP und die neue Mitte (allerdings mit einer Enthaltung) unterstützten die Leistungsvereinbarung und damit die Fachhochschule klar.

**Stark gewachsen** • Journalisten schrieben nach der Abstimmung, die Fachhochschule sei Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden. Diese Aussage trifft die Situation genau. Die FHNW ist in den letzten Jahren stark gewachsen, neue Studiengänge werden angeboten, die Zahl der Studierenden nimmt kontinuierlich zu. Viele der neuen Studiengänge sind wichtig für den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz. Sie tragen dazu bei, dringend benötigte Fachpersonen für Industrie und Gewerbe auszubilden. Ohne die Ausbildungsmöglichkeiten müssten zunehmend Fachkräfte im Ausland rekrutiert werden.

Dieses Wachstum allerdings kostet Geld. Die vier Trägerkantone müssen in Zukunft mehr bezahlen.

**Volkswirtschaftliche Zusammenhänge** • Das ist für die SVP und mit ihr für die FDP Grund

genug, Nein zu sagen. Bekanntlich sehen die basellandschaftlichen Finanzen nicht gerade rosig aus. Die Steuersenkungen der letzten Jahre sorgen dafür, dass weniger Geld in die Staatskasse fliesst, als ursprünglich möglich gewesen wäre. Dass aber ausgerechnet im Fachhochschulbereich gespart werden soll, ist völlig unverständlich. Ausgebildete Fachkräfte sind wichtig für den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz. Sie bezahlen Steuern direkt und indirekt, indem sie der Industrie und dem Gewerbe ermöglichen, eine hohe Qualität bei ihren Produkten zu erreichen. Sie leisten also einen wichtigen Beitrag zu einer prosperierenden Wirtschaft, wodurch wieder mehr Steuereinnahmen generiert werden können. Dass die FDP als ehemalige Wirtschaftspartei (mit einer Ausnahme) diese Zusammenhänge nicht sehen will, ist erschütternd.

Gleichzeitig ist auch die SVP nicht mehr ernst zu nehmen. Sie bekämpft die sogenannte «Masseneinwanderung» und sorgt gleichzeitig dafür, dass in Zukunft noch mehr Fachkräfte aus dem Ausland geholt werden müssen.



**Volksschule versus FHNW?** • Aber auch das Nein der Grünen löst Kopfschütteln aus. Grundsätzliche Kritik an der FHNW und Sparen gaben hier den Ausschlag, wenn auch mit einer anderen Argumentation. Einzelne Grüne spielten nämlich die verschiedenen Schularten gegeneinander aus. Für die Volksschule solle gemäss Entlastungspaket der Regierung zukünftig weniger Geld zur Verfügung stehen. Deshalb müsse die Erhöhung des Beitrags an die FHNW gekürzt werden. Die Folgen dieser Kürzung interessierte die Mehrheit dieser Partei nicht. Auch dass sie mit ihrer Argumentation quasi in vorauseilendem Gehorsam handle, wollte sie nicht wahrhaben. Allerdings findet jetzt offensichtlich ein Meinungsumschwung statt. Im Anschluss an ein nordwestschweizerisches Treffen der Grünen wird eine Mehrheit der Landratsfraktion dem Globalbudget für die FHNW zustimmen. Die Kritik an der Fachhochschule soll von der Finanzierung getrennt und im Rahmen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) aufgenommen werden.

**Vernünftige Lösungen möglich machen** • Die Folge dieses Landratsentscheids ist ein wahrer Scherbenhaufen. Bildungsdirektor Urs Wüthrich versucht, einen Weg aus dem Desaster zu finden, der vernünftige Lösungen möglich macht, die der FHNW und der vierkantonalen Zusammenarbeit nicht schaden.

Es ist zu hoffen, dass das gelingen wird, sonst wären wesentliche Einschränkungen für Studierende aus Baselland eine mögliche, absolut unerwünschte Folge. Nicht zuletzt könnte der Standort Muttenz der FHNW längerfristig gefährdet sein.

Regula Meschberger, Landrätin SP •

### Replik

## «Zahlenbuch» im Kindergarten: ein überzeugendes Konzept

**Unter dem Titel «Vom Kindergarten zur Kinderschule» wurde in sektor erziehung 4/2011 gegen ein Lehrmittel-Obligatorium für den Bereich Mathematik im Kindergarten geschrieben. Dabei wurden unbestrittene Punkte wie Ganzheitlichkeit, hohe Qualität des bestehenden Lehrplans und das grosse Engagement der Lehrpersonen bemüht.**

Die Fakten: Aus dem Lehrmittel «Das Zahlenbuch – Spiele zur Frühförderung» sollen zehn Anregungen je Kindergartenjahr zum Einsatz kommen. Die Einheiten zielen auf die wichtigsten «Vorläuferfunktionen», gearbeitet wird weitgehend mit den gleichen Materialien, die auch in der Primarschule wieder eingesetzt werden, so, dass eine vertraute Umgebung und eine in sich konsistente Didaktik die gesamte Zeit vom Kindergarten bis zum Ende

der obligatorischen Schulzeit abdeckt.

Von vielen KindergärtnerInnen wird zwar nicht das Lehrmittel an sich, aber das Obligatorium bekämpft. Dahinter steht sicher auch die Angst, mit der «Speerspitze Mathematik» würden Freiräume im Kindergarten fallen, ganzheitliches Lernen torpediert und der Verschulung Vorschub geleistet.

Man kann aber ein Lehrmittel-Obligatorium auch als Unterstützung auffassen, jedenfalls so lange, als nicht ein «Stoff durchgenommen» werden muss, haarklein und von allen in der gleichen Zeit. Mit den zehn Anregungen für Spiel und Bau pro Jahr, die einen kindgemäßen und sachgerechten Zugang schaffen, besteht diese Gefahr zweifellos nicht. Hier liegt ein überzeugendes Konzept für die Vorschule auf dem Tisch, das seine Fortsetzung in Primarschule und auf der Seki findet. Mit dem

vorgesehenen Weg aus einem Guss gewinnt man Synergien, Kontraproduktives wird mit einiger Wahrscheinlichkeit vermieden. Und mir sagt der gesunde Menschenverstand, dass ich als «SiebenkämpferIn in den Stürmen des Alltags» von der Sache her kaum ein derart solides Konzept schaffen kann, wie dies ein Gremium aus ausgewiesenen Fachleuten und Mitarbeitenden mit langjähriger Stufenerfahrung bietet.

Eigentlich erwarte ich von der GE mehr als das Aufnehmen (und Verstärken) einer Stimmung. Wenn sich herausstellt, dass ein Vorschlag «von oben» für einmal vernünftig und zielführend ist, sollten nicht schlechte Erfahrungen mit der Bildungsbürokratie den Schritt in die richtige Richtung vereiteln.

Guido Beerli •

## Schulhauswarte gestern und heute

*Die Aufgaben der Schulhauswarte haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Mario Burger, langjähriger Präsident der vpod-Gruppe Hauswartung und technische Dienste und Hauswart für die Schulen Hirzbrunnen, Drei Linden und Schoren sowie die Kindergärten des Hirzbrunnen-Quartiers, äussert sich zu den neuen Anforderungen und den Wünschen der Schulhauswarte.*

**sektor erziehung:** *Wie war die Arbeitssituation eines Schulhauswartes, als du angefangen hast?*

**Mario Burger:** Als ich vor 23 Jahren angefangen habe, war für jedes Schulhaus ein Schulhauswart angestellt. Erforderlich für diesen Beruf war ein handwerklicher Berufsabschluss, man musste verheiratet sein, am besten auch Kinder haben, militärdiensttauglich sein und mit der Wohnsitzpflicht einverstanden. Wir



Schulhauswart Mario Burger

Foto Heidi Mück

mussten eine Einverständniserklärung für die Dienstwohnung unterzeichnen, bevor wir den Arbeitsvertrag bekamen. Auf der Schulanlage mussten wir mit einem Schulhausvorsteher zusammenarbeiten, und für die Kommunikation nach aussen gab es ein Schulhaus- und das Hauswarttelefon sowie den Postversand.

**se:** *Wie arbeiten die Schulhauswarte heute?*

**Mario Burger:** Heute gibt es kaum mehr einen Hauswart, der nur für ein einziges Schulhaus zuständig ist. Wir betreuen mehrere Anlagen und zum Teil auch die Kindergärten eines ganzen Quartiers. Heute braucht es den eidgenössischen Fachausweis für Hauswartung. Es wird auch darauf geachtet, dass die Hauswarte in der Nähe wohnen, doch ist es nicht mehr zwingend. Weil wir mehrere Anlagen betreuen, ist es gar nicht möglich, dass auf jeder Anlage ein Hauswart wohnt.

**se:** *Was bedeutet das konkret?*

**Mario Burger:** Die Organisationsform mit der Betreuung mehrerer Anlagen durch eine Hauswartung führt immer mehr dazu, dass der Hauswart als Servicestelle funktioniert. Ein Hauswart hat einen festen Arbeitsplatz in einem Schulhaus und arbeitet zum Teil auf

Abruf. Dies braucht mehr Hilfspersonal, andere Dienst- und Präsenzzeiten und ein Umdenken bei den Schulen. Das Modell «Meine Schule und mein Hauswart» wird es so bald nicht mehr geben.

**se:** *Ist das nicht ein Widerspruch zur Teilautonomen Schule mit eigener Kultur? Da gehört doch ein eigener Hauswart dazu?*

**Mario Burger:** Diese Entwicklung wurde nicht von uns gewünscht, sie ergibt sich, weil die einzelnen Hauswartungen für mehrere Standorte verantwortlich sind. Es wurde nie beschlossen, dass es in diese Richtung gehen soll, es ist eine fließende Entwicklung. Das hat sicher auch damit zu tun, dass nur noch Leute mit eidgenössischem Fachausweis angestellt werden und viele junge Hauswarte nicht mehr auf der Anlage wohnen wollen. Das Erziehungsdepartement hat sich nicht zur Frage geäussert, welche Veränderungen die neuen Schulstrukturen für die Schulhauswarte nach sich ziehen werden.

**se:** *Welche Veränderungen sind es nach deiner bisherigen Erfahrung?*

**Mario Burger:** Beim Gebäudeunterhalt und der Bereitstellung der Infrastruktur übernehmen wir immer mehr Organisations- und Leitungsaufgaben. Unser eigentlicher Job hat nichts mit Schulpädagogik zu tun, die Hauswarte sind in der Schule zuständig für die «Hardware», die Schulleitungen für die «Software». Wir arbeiten für die Bedürfnisse der Schulleitungen, Lehrpersonen, SchülerInnen, Eltern und der externen Nutzer, und zwar an mehreren Schulen. Um unsere Aufgabe zu erfüllen, brauchen wir die entsprechenden Entscheidungskompetenzen. Wir sollten in unserem Fachgebiet eigentlich auf der gleichen Hierarchiestufe wie die Schulleitungen sein. Diese Situation erfordert eine Anpassung unseres Organisationsmodells. Die pädagogische Leitung der Schule ist viel näher an ihrem Personal dran als unsere fachliche Leitung im ED.

**se:** *Wie könnte das Organisationsmodell für die Schulhauswarte aussehen?*

**Mario Burger:** Was nicht funktioniert, ist die Unterstellung der Hauswarte unter die Schulleitung! In meinem Fall wäre ich vier verschiedenen Leitungen unterstellt. In meinem Fachbereich muss ich mit den Schulleitungen entsprechende Entscheidungen fällen können, zum Teil sehr rasch. Wir haben das Modell entwickelt, dass mehrere Hauswarte in Teams organisiert werden, mit einer Teamleitung, die für fachliche Fragen zuständig ist, aber auch Einsatzpläne etc. koordiniert. Dieses Modell haben wir dem ED vorgelegt, und seither laufen Verhandlungen. Wir haben diese Veränderungen nicht gesucht, aber jetzt, da sich alles ändert, müssen wir uns an die neue Situation anpassen. Unsere Strukturen laufen den Entwicklungen an den Schulen hinterher.

## Spyris rebellische Nichte

Daniele Muscionico: *Starke Schweizer Frauen.* Limmatverlag, Zürich 2011, 170 S., Fr. 34.–



DANIELE MUSCIONICO

STARKE  
SCHWEIZER  
FRAUEN

LIMMAT

*Die Recherche nach «berühmten Schweizerinnen» endet oft bei Johanna Spyri oder Ursula Andress. Dass die «Hälfte des Schweizer Himmels» allerdings mehr zu bieten hat als Bergromantik und Bikini-Mode, wird spätestens beim Lesen in Daniele Muscionicos Porträtsammlung «Starke Schweizer Frauen» deutlich.*

*Quer durch die Jahrhunderte, Landesteile, Berufe und Stände hat die Autorin 24 Lebensschicksale ungewöhnlicher Frauen versammelt. Die Zürcher Grande Dame steht hier neben der Pädagogin und Kinderschützerin aus der Westschweiz, die Märtyrerin aus dem 9. Jahrhundert neben der modernen Sozialpolitikerin. En passant erfahren wir in den höchst unterhaltsam geschriebenen Beiträgen, dass Ella Maillart als Seglerin die Schweiz bei Olympischen Spielen repräsentierte, wie eine ehrenhafte Rechtsbrecherin jüdische Flüchtlinge über Jurafelsen in die Schweiz führte und wer den Slogan «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» erfunden hat. Man mag die Namen der Wahlrechtskämpferin Iris von Roten oder den der religiösen Sozialistin Clara Ragaz vermissen; dafür lernt die Leserschaft viele Pionierinnen kennen, die (noch) in keinem Geschichtsbuch stehen, wie etwa Emilie Kempin-Spyri. Die erste Juristin Europas stand zu ihrer Berufswahl – gegen den Rat ihrer berühmten Tante Johanna.*

Rüdiger Binkle •

www.limmatverlag.ch

«vpod bildungspolitik»  
Schwerpunkte von Nr. 173:  
Bildungspolitische Programme der Parteien  
Reform der Maturitätsschulen